I. Amtliche Texte

Gesetze

416 **Gesetz Nr. 1630
zur Schaffung von Bündnissen für
Investition und Dienstleistung
(BIDG)**

Vom 26. September 2007

Der Landtag des Saarlandes hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Grundsatz und Ziel

Mit diesem Gesetz wird angestrebt, die Standortqualität und Attraktivität von Innenstädten, Stadtteil- und Gemeindezentren zu verbessern und zur Förderung der Wirtschaft beizutragen. Grundstückseigentümern und anderen Betroffenen vor Ort soll zu diesem Zweck ein rechtlicher Rahmen zur Verfügung gestellt werden, damit sie in Eigenverantwortung Bündnisse für Investition und Dienstleistung gründen und in eigener Organisation und Finanzverantwortung umfeldverbessernde Maßnahmen durchführen können.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung ist es, Maßnahmen selbst zu ergreifen oder anzuregen, die geeignet sind, das in § 1 genannte Ziel zu verwirklichen. Hierzu kommen insbesondere in Betracht:

1. Erarbeitung von Konzepten für die künftige Entwicklung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung,
2. Erbringung von Dienstleistungen,
3. Finanzierung und Durchführung von Baumaßnahmen sowie Sachinvestitionen in Abstimmung mit den jeweiligen Berechtigten,
4. Grundstücksbewirtschaftung,
5. Pflege und Ausbau des Geschäftsbestandes,
6. Durchführung von gemeinschaftlichen Veranstaltungen, Marketing, Werbung,
7. Abschluss von Vereinbarungen mit öffentlichen Stellen oder ansässigen Betrieben über die Durchführung von Maßnahmen,
8. Abgabe von Stellungnahmen in förmlichen oder nicht förmlichen Anhörungsverfahren,
9. Leerstandsmanagement,
10. Erhalt und Erweiterung des Branchenmixes.

(2) Durch die Tätigkeit der Bündnisse für Investition und Dienstleistung bleiben das Land, die Gemeindeverbände, die Gemeinden sowie die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts in ihren Zuständigkeiten unberührt und werden hierdurch nicht verpflichtet; dies gilt auch für Folgelasten der Maßnahmen des Bündnisses für Investition und Dienstleistung nach Absatz 1, die sich insbesondere auf die Zeit nach seiner Auflösung nach § 9 auswirken. § 6 Abs. 4 Satz 4 bleibt hiervon unberührt.

(3) Die konkreten Ziele und Maßnahmen werden für jedes Bündnis für Investition und Dienstleistung in einem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept festgelegt.

§ 3

Aufgabenträger

(1) Ein Bündnis für Investition und Dienstleistung hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Seine Aufgaben werden von einem Aufgabenträger wahrgenommen.

(2) Aufgabenträger kann jede natürliche oder juristische Person sein, die sich freiwillig der Aufsicht durch die Gemeinde nach § 6 Abs. 4 unterwirft, und entweder

1. Eigentümer eines innerhalb des Bündnisses für Investition und Dienstleistung gelegenen Grundstücks ist,
2. ihren Sitz innerhalb des Bündnisses für Investition und Dienstleistung hat oder
3. nach Vorlage einer schriftlichen Vollmacht Personen nach Nummer 1 oder 2 vertritt.

(3) Der Aufgabenträger muss persönlich und finanziell zuverlässig sein, um unter Berücksichtigung der nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu erwartenden Einnahmen seine Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen zu können. Näheres regelt die nach § 4 zu erlassende Satzung und der abzuschließende öffentlich-rechtliche Vertrag.

(4) Der Aufgabenträger kann die Wahrnehmung einzelner Aufgaben Dritten übertragen. Der Aufgabenträger bleibt in diesem Fall gegenüber der Gemeinde verantwortlich.

§ 4

Einrichtung

(1) Die Gemeinde wird ermächtigt, auf Antrag eines Aufgabenträgers durch Satzung räumlich zusammenhängende, genau bezeichnete Bereiche des Gemeindegebiets als Bündnis für Investition und Dienstleistung einzurichten, wenn der Aufgabenträger sich in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Gemeinde verpflichtet hat, die sich aus diesem Gesetz und dem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept ergebenden Verpflichtungen, Ziele, Aufgaben und Verantwortlichkeiten umzusetzen.

(2) In der Satzung sind neben der Gebietsabgrenzung die Ziele und Maßnahmen des Bündnisses für Investition und Dienstleistung (§ 2), der Aufgabenträger (§ 4),

der Hebesatz für Pflichtmitglieder (§ 7 Abs. 2) und die Laufzeit (§ 9) festzulegen.

(3) In den Geltungsbereich der Satzung nach Absatz 1 können auch Teile von Grundstücken einbezogen werden. Die Geltungsbereiche mehrerer Satzungen nach Satz 1 dürfen sich nicht überschneiden.

(4) Mit der Einrichtung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung durch Satzung stellt die Gemeinde dem Aufgabenträger die Namen und Anschriften der Pflichtmitglieder, soweit sie ihr bekannt sind, zur Verfügung. Der Aufgabenträger darf die ihm bekannt gemachten Daten nur für Zwecke von § 2 Abs. 3 verwenden und stellt sicher, dass eine zweckwidrige Verwendung ausgeschlossen ist. Die Daten sind zu vernichten, sobald sie für die Zwecke dieses Gesetzes nicht mehr benötigt werden.

§ 5

Antragsverfahren

(1) Der Antrag ist schriftlich bei der zuständigen Gemeinde vorzulegen.

(2) Zur Antragstellung ist ein Aufgabenträger berechtigt, wenn er die Zustimmung der Eigentümer von 15 vom Hundert der Anzahl der im Bündnis für Investition und Dienstleistung gelegenen Grundstücke nachweisen kann.

(3) Grundstücke im Sinne des Gesetzes sind alle im Grundbuch verzeichneten Flächen mit Ausnahme der im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Flächen. Grundstückseigentümer im Sinne dieses Gesetzes sind auch die Erbbauberechtigten, soweit das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet ist. Bei Vorliegen von Teileigentum ist die Eigentümergemeinschaft Mitglied. Die Eigentümergemeinschaft wird durch den gemäß § 26 des Gesetzes über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht bestellten Verwalter vertreten. Die Eigentümergemeinschaft kann alternativ einen anderen Vertreter benennen.

(4) Mit dem Antrag zur Errichtung eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung sind der Gemeinde vorzulegen:

1. Darstellung der Gebietsabgrenzung einschließlich ihrer Begründung,
2. Maßnahmen- und Finanzierungskonzept für die Laufzeit des Vorhabens,
3. Entwurf einer Satzung.

Die Antragsunterlagen sollen nach Möglichkeit vom Aufgabenträger zugleich im Internet allgemein zugänglich gemacht werden.

(5) Ein nach Absatz 2 zur Antragstellung berechtigter Aufgabenträger hat Anspruch darauf, dass ihm die Gemeinde binnen sechs Wochen die Summe der festgesetzten Einheitswerte der Grundstücke mitteilt, die im vorgesehenen Bereich des Bündnisses für Investition und Dienstleistung liegen.

(6) Der Antrag auf Einrichtung eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung wird von der Gemein-

de abgelehnt, wenn der Aufgabenträger die an ihn gestellten Anforderungen nicht erfüllt oder wenn das Maßnahmen- und Finanzierungskonzept zur Verwirklichung von Grundsatz und Ziel nach § 1 und der Aufgaben nach § 2 nicht geeignet ist, öffentliche Belange oder Rechte Dritter beeinträchtigen oder die Abgabepflichtigen unverhältnismäßig belasten würde, wenn die Folgekostenproblematik nicht hinreichend geklärt ist oder wenn die Gemeinde nicht bereit ist, die Folgekosten zu übernehmen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Erlass einer Satzung.

(7) Wird der Antrag nicht nach Absatz 6 abgelehnt, legt die Gemeinde die vollständigen Antragsunterlagen für die Dauer eines Monats öffentlich aus. Ort und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass während der Auslegungszeit Anregungen vorgebracht werden können und die Eigentümer der im Bündnis für Investition und Dienstleistung gelegenen Grundstücke das Recht haben, der Einrichtung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung schriftlich zu widersprechen. Die Grundstückseigentümer, deren Name und Anschrift der Gemeinde bekannt sind, sowie die betroffenen Träger öffentlicher Belange sollen von der Gemeinde schriftlich von der Auslegung benachrichtigt werden. Der Benachrichtigung ist eine Abschrift dieses Gesetzes beizufügen. Die fristgemäß vorgebrachten Anregungen sind zu prüfen. Die Gemeinde kann einen Erörterstermin durchführen unter Beteiligung der betroffenen Eigentümer und den natürlichen oder juristischen Personen, die Stellungnahmen abgegeben haben.

(8) Ändert der Aufgabenträger nach der öffentlichen Auslegung wesentliche Bestandteile des Maßnahmen- und Finanzierungskonzeptes, wird das Anhörungsverfahren gemäß Absatz 7 wiederholt.

(9) Widersprechen mehr als ein Drittel der Eigentümer der im Bündnis für Investition und Dienstleistung gelegenen Grundstücke der Einrichtung eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung und werden diese Einsprüche im Rahmen des Anhörungsverfahrens nicht zurückgenommen oder auf andere Weise erledigt, ist der Antrag von der Gemeinde abzulehnen.

(10) Die Gemeinde informiert den Antragsteller spätestens binnen drei Monaten nach Antragseingang schriftlich über ihren Beschluss. Der Beschluss soll ortsüblich öffentlich bekannt gemacht werden.

§ 6

Umsetzung und Überwachung

(1) Die Satzung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung kann nach Einrichtung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung die Aufnahme anderer Betroffener dieses örtlichen Bereichs als Mitglieder auf Antrag vorsehen, beispielsweise von Gewerbetreibenden und Freiberuflern. Die freiwillige Mitgliedschaft erstreckt sich auf die Laufzeit des Bündnisses für Investition und Dienstleistung. Im Falle einer Verlängerung nach § 9 Abs. 3 kann die freiwillige Mitgliedschaft zum Ende der im Zeitpunkt des Beitritts festgelegten Laufzeit beendet werden. Ein Anspruch

auf Auszahlung noch nicht verbrauchter Abgaben besteht nicht.

(2) Der Aufgabenträger setzt das Maßnahmen- und Finanzierungskonzept um. Hierzu stellt er bis zum 30. September des jeweiligen Kalenderjahres einen Maßnahmen- und Wirtschaftsplan für das Folgejahr auf, legt diesen der Gemeinde vor und macht ihn den Abgabepflichtigen bekannt durch öffentliche Bekanntmachung im Bekanntmachungsorgan der Gemeinde oder durch Hinweis im Bekanntmachungsorgan auf den bei der Gemeinde zur Einsichtnahme ausliegenden Maßnahmen- und Wirtschaftsplan sowie nach Möglichkeit im Internet. Bei der Aufstellung des Plans sind die Mitglieder des Bündnisses für Investition und Dienstleistung in geeigneter Weise zu beteiligen.

(3) Weicht ein Maßnahmen- und Wirtschaftsplan von den Vorgaben des Maßnahmen- und Finanzierungskonzeptes nicht nur unerheblich ab, ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass die Mitglieder des Bündnisses für Investition und Dienstleistung berechtigt sind, diesem Plan innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe zu widersprechen. Widersprechen die Eigentümer von mehr als einem Drittel der im Bündnisses für Investition und Dienstleistung gelegenen Grundstücke oder versagt die Gemeinde ihre Zustimmung zur Abweichung, ist der Maßnahmen- und Wirtschaftsplan an das Maßnahmen- und Finanzierungskonzept anzupassen. Absatz 4 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend.

(4) Die für das Bündnis für Investition und Dienstleistung zuständige Gemeinde überwacht die ordnungsgemäße Geschäftsführung des Aufgabenträgers, wobei sie sich zur Unterstützung der Kontrolle einer sachverständigen Person oder Stelle bedienen darf. Die Geschäftsführung hat die rechtlichen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Führung eines durchschnittlichen Unternehmens zu erfüllen. Hilft der Aufgabenträger begründeten Beanstandungen nicht ab oder verletzt er seine Pflicht grob, kann die Gemeinde den Aufgabenträger abberufen und den öffentlich-rechtlichen Vertrag kündigen. In diesem Fall nimmt die Gemeinde die Aufgaben des Bündnisses für Investition und Dienstleistung bis zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit einem neuen Aufgabenträger oder bis zur Aufhebung der Satzung nach § 4 wahr. Für die Bestellung eines neuen Aufgabenträgers gelten die Vorschriften des § 5 Abs. 2, 8 und 10 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Auslegungsfrist auf zwei Wochen begrenzt wird. Der abberufene Aufgabenträger überträgt die bei ihm vorhandenen Mittel und Daten des Bündnisses für Investition und Dienstleistung im Fall des Satzes 4 der Gemeinde, im Übrigen dem neuen Aufgabenträger, und vernichtet dann die bei ihm vorhandenen personenbezogenen Daten, soweit er nicht zur Aufbewahrung verpflichtet ist.

(5) Die Gemeinden unterliegen bei ihrer Tätigkeit nach diesem Gesetz der Aufsicht durch die oberste Aufsichtsbehörde. Diese beschränkt sich darauf, dass sie ihre Aufgaben im Einklang mit dem geltenden Recht erfüllen (allgemeine Körperschaftsaufsicht). Die §§ 129 bis 135 und 137 des Kommunalselfverwaltungs-gesetzes gelten entsprechend, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(6) Oberste Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung diese Aufsichtsfunktion auf andere Stellen zu übertragen.

§ 7

Abgabenfestsetzung und -erhebung

(1) Zur Finanzierung der Aufgaben der Bündnisse für Investition und Dienstleistung wird durch die zuständige Gemeinde eine Abgabe festgesetzt und erhoben. Abgabepflichtig sind die Grundstückseigentümer nach § 5 Abs. 3. Die Gemeinde muss die Abgabe in einer dem Haushaltsplan beigelegten Anlage dokumentieren. Sie ist innerhalb von vier Jahren nach Ablauf des Jahres, für das der Haushaltsplan erstellt wird, festzusetzen und innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsaktes an die zuständige Gemeinde zu entrichten.

(2) Die Höhe der Abgabe für die Gesamtlaufzeit des Bündnisses für Investition und Dienstleistung errechnet sich für Pflichtmitglieder gemäß § 5 Abs. 3 als Produkt aus dem Hebesatz und dem nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878), in der jeweils geltenden Fassung festgestellten Einheitswert des jeweiligen Grundstücks. Der Hebesatz entspricht dem Quotienten aus dem Aufwand gemäß dem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept und der Summe der Einheitswerte der die Abgabepflicht begründenden Grundstücke, darf jedoch zehn vom Hundert nicht überschreiten. Mit Einverständnis aller betroffenen Eigentümer ist die Festsetzung eines höheren Hebesatzes möglich. Der Hebesatz wird in der dem Haushaltsplan beigelegten Anlage öffentlich bekannt gemacht.

(3) Soweit für ein Grundstück der Einheitswert nicht festgestellt ist, ist bei der Berechnung der Abgabenhöhe statt des Einheitswertes das Produkt aus dem Mittelwert der im Bündnis für Investition und Dienstleistung je Quadratmeter Grundstücksfläche der veranlagten Grundstücke festgestellten Einheitswerte und der Fläche des jeweiligen Grundstücks zugrunde zu legen.

(4) Gehört ein Grundstück zu mehreren Bündnissen für Investition und Dienstleistung oder liegt ein Grundstück nur mit einem Teil innerhalb des Bündnisses für Investition und Dienstleistung, besteht die Abgabepflicht in jedem Bündnis für Investition und Dienstleistung nur in der dem jeweiligen Grundstücksanteil entsprechenden Höhe.

(5) Eigentümer von ausschließlich zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken oder von Grundstücken, die baulich nicht oder nur zu Zwecken des Gemeinbedarfs genutzt oder nutzbar sind, werden auf Antrag von der Mitgliedschaft befreit. Dies gilt nicht für unbebaute Grundstücke, die gewerblich genutzt oder nutzbar sind. Eigentümer und Eigentümergemeinschaften von teilweise zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken werden auf Antrag anteilig von der Abgabepflicht befreit.

Die Nachweispflicht über die tatsächliche und mögliche Nutzung obliegt dem Grundstückseigentümer.

(6) Mit Zustimmung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung kann die Gemeinde Grundstückseigentümer von der Mitgliedschaft befreien oder ihnen die Abgabenschuld ganz oder teilweise erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre.

(7) Die Befreiung von der Mitgliedschaft nach Absatz 5 oder 6 ist während des Anhörungsverfahrens nach § 5 Abs. 7, der Erlass der Abgabenschuld nach Absatz 6 ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Abgeordnetenbescheids schriftlich bei der Gemeinde zu beantragen.

(8) Die Höhe der Abgabe für freiwillige Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 wird unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der genutzten Fläche in der Satzung des Bündnisses für Investition und Dienstleistung festgesetzt. Die Höhe der Abgabenschuld der Pflichtmitglieder bleibt davon unberührt, soweit die Satzung keine andere Regelung vorsieht.

(9) Die Abgaben nach Absatz 2 und 9 werden zunächst für die zum Zeitpunkt der Errichtung festgelegte Laufzeit des Bündnisses für Investition und Dienstleistung festgesetzt und sind in auf jeweils ein Jahr bezogenen Teilbeträgen zu Beginn jedes Abrechnungsjahres fällig. Im Falle einer Verlängerung erfolgt im Rahmen der Antragstellung eine erneute Festsetzung.

§ 8

Mittelverwendung

(1) Mit Ausnahme eines Pauschalbetrages für den Verwaltungsaufwand, einschließlich der Koordinationsaufwendungen, der bei der Gemeinde verbleibt, steht das Abgabenaufkommen dem jeweiligen Aufgabenträger zu. Für den ihr im Zusammenhang mit der Einrichtung und Tätigkeit des Bündnisses für Investition und Dienstleistung entstehenden Aufwand kann die Gemeinde eine Verwaltungspauschale in Höhe von maximal drei vom Hundert der Abgabensumme des Bündnisses für Investition und Dienstleistung verlangen. Die Gemeinde wird ermächtigt, die Höhe der Verwaltungspauschale durch Satzung festzulegen.

(2) Über die Höhe des Zahlungsbetrages wird dem Aufgabenträger ein Leistungsbescheid erteilt. Der Leistungsbescheid kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, durch die die zweckentsprechende Verwendung sichergestellt wird.

(3) Der Aufgabenträger verwaltet die Einnahmen aus dem Abgabenaufkommen abgeordnet von seinen eigenen Mitteln und verwendet sie treuhänderisch ausschließlich für Zwecke des Bündnisses für Investition und Dienstleistung. Er stellt sicher, dass die Aufrechnung mit eigenen Verbindlichkeiten, die nicht aus seiner Tätigkeit als Aufgabenträger resultieren, ausgeschlossen ist. Der Aufgabenträger hat der Gemeinde die ordnungs- und zweckmäßige Mittelverwendung auf Verlangen unverzüglich, mindestens jedoch jährlich schriftlich nachzuweisen.

(4) Nicht verwendete Mittel hat der Aufgabenträger nach Außerkrafttreten der Satzung der Gemeinde zu erstatten, die diese den Abgabepflichtigen anteilig zurückerstattet. Im Fall der Verlängerung der Laufzeit nach § 9 Abs. 3 sind die Mittel dem neuen Aufgabenträger zu übertragen und im neuen Maßnahmen- und Finanzierungskonzept zu berücksichtigen.

§ 9

Laufzeit

(1) Eine Satzung nach § 4 tritt mit dem Ende der in ihr vorgesehenen Laufzeit, spätestens jedoch fünf Jahre nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung außer Kraft.

(2) Mit Ablauf der Geltungsdauer der Satzung endet das Recht zur Abgabenerhebung.

(3) Die Verlängerung der Laufzeit einer Satzung ist unter denselben Voraussetzungen wie die Neueinrichtung eines Bündnisses für Investition und Dienstleistung möglich.

§ 10

Anwendung von Bundes- und Landesrecht

(1) Auf die Festsetzung und Erhebung der Abgabe zur Finanzierung der Bündnisse für Investition und Dienstleistung sind die folgenden Bestimmungen der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden, soweit nicht dieses Gesetz oder andere Gesetze besondere Vorschriften enthalten:

1. Aus dem Ersten Teil — Einleitende Vorschriften —
 - a) § 30 Steuergeheimnis mit der Maßgabe, dass die Entscheidung nach § 30 Abs. 4 Nr. 5 Buchstabe c) die Vertretung der Körperschaft trifft, der die Abgabe zusteht,
 - b) § 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger,
2. Aus dem Zweiten Teil — Steuerschuldrecht —
 - a) § 33 Steuerpflichtiger,
 - b) § 44 Gesamtschuldner,
 - c) § 47 Erlöschen,
3. Aus dem Dritten Teil — Allgemeine Verfahrensvorschriften —
 - a) § 82 Ausgeschlossene Personen,
 - b) § 83 Besorgnis der Befangenheit,
 - c) § 87a Elektronische Kommunikation,
 - d) § 88 Untersuchungsgrundsatz,
 - e) § 89 Beratung, Auskunft,
 - f) § 90 Abs. 1 Mitwirkungspflichten der Beteiligten,
 - g) § 91 Anhörung Beteiligter,
 - h) § 92 Beweismittel,
 - i) § 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen,
 - j) § 96 Hinzuziehung von Sachverständigen,
 - k) § 97 Vorlage von Urkunden,
 - l) § 98 Einnahme des Augenscheins,

- m) § 101 Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen,
- n) § 102 Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse,
- o) § 103 Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit,
- p) § 104 Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden,
- q) § 105 Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen,
- r) § 106 Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls,
- s) § 108 Fristen und Termin,
- t) § 109 Verlängerung von Fristen,
- u) § 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand,
- v) §§ 118 bis 132 Vorschriften zum Verwaltungsakt,

4. Aus dem Vierten Teil — Durchführung der Besteuerung —
 - § 162 Abs. 1 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen,
 5. Aus dem Fünften Teil — Erhebungsverfahren —
 - a) § 222 Stundung,
 - b) §§ 228 bis 232 Vorschriften über die Zahlungsverjährung,
 - c) §§ 233, 234, 238 und 239 Vorschriften zur Verzinsung,
 - d) § 240 Säumniszuschläge sowie
 6. Aus dem Sechsten Teil — Vollstreckung —
 - § 251 Abs. 2 und 3 Vollstreckbare Verwaltungsakte.
- (2) Für die Vollstreckung gilt das Saarländische Verwaltungsvollstreckungsgesetz.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft; es tritt am 31. Dezember 2015 außer Kraft.

(2) Für am 31. Dezember 2015 noch bestehende Bündnisse für Investition und Dienstleistung gelten die Vorschriften dieses Gesetzes fort mit Ausnahme der Verlängerungsmöglichkeit nach § 9 Abs. 3.

Saarbrücken, den 20. November 2007

Die Regierung des Saarlandes:

Müller	Rippel
Jacoby	Hecken
Rauber	Kramp-Karrenbauer
Meiser	Mörsdorf